

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Niederschrift

#### Sitzung des Ortsbeirates Stadtmitte

---

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.02.2015  
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr  
Sitzungsende: 22:15 Uhr  
Raum, Ort: Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### Sitzungsteilnehmer:

##### **Anwesende Mitglieder**

##### **Vorsitz**

Werner Simowitsch DIE LINKE.

##### **reguläre Mitglieder**

Andreas Herzog	SPD
Regine Lück	DIE LINKE.
Bernd Grunwald	CDU
Kira Ludwig	SPD
Torsten Hohberg	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Anja Munser	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Manfred Betke	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Thomas Cardinal von Widdern	UFR
Christoph Eisfeld	FDP

##### **Verwaltung**

Frau Bornstein	Ortsamt Mitte
Frau Reipa	Ortsamt Mitte
Herr Dr. Müller	Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
Frau Heimhardt	Bauamt
Frau Epper	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Frau Schölens-Burmeister	Amt für Umweltschutz

##### **Gäste**

Herr Keipke	Architekt
Herr Weihrauch	Bauherr
Herr Klemke	Bauherr
Frau Schmidt	Architektin
	Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH
Herr Stolle	
Herr Friedrich	Architekt
Herr Gatzka	Bauherr
Herr Wigger	WIRO

<b>Entschuldigte Mitglieder</b>
<b>reguläre Mitglieder</b>
May-Britt Krüger

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2015
- 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Dr. Chris Müller, Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung, berichtet zu seiner Arbeit und der Haushaltssituation der Hansestadt Rostock
- 6 Anträge
  - 6.1 Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD  
Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen  
Vorlage: 2015/AN/0629
  - 6.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen  
Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)
- 7 Beschlussvorlagen
  - 7.1 Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäreanlagen der Hansestadt Rostock  
Vorlage: 2014/BV/0072
  - 7.2 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben "Neubau von drei Wohngebäuden (116 Wohnungen) mit einem gemeinsamen Kellergeschoss im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 11.W.150 "Östlich der Stadtmauer""Rostock, Beim Eislager 7, 8, 9, 10, 11; Am Lohmühlengraben 1a, 1b; Gerberbruch 14, 15, 16, 17, 18; Az.: 03531-14  
Vorlage: 2015/BV/0639
- 8 Bauantrag
  - 8.1 Errichtung von 2 Klein-Windkraftanlagen zur Selbstversorgung, Am Strande 2 b, Rostock - 04231-14
- 9 Informationen zum Entwurf des Quartierblattes "Ernst-Barlach-Brücke"
- 10 Straßenreinigung - Augustenstr./Zelckstr.

- 11 Bericht der Ausschüsse und des Ortsbeiratsvorsitzenden
- 12 Sondernutzungen
- 13 Informationen des Ortsamtes
- 14 Verschiedenes
- 15 Schließen der Sitzung

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Simowitsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung aller Mitglieder fest. Der OBR ist beschlussfähig, da 10 von 11 Mitgliedern anwesend sind.

#### **TOP 2 Änderungen der Tagesordnung**

Herr Betke stellt den Antrag die Tagesordnung um den TOP „Straßenreinigung - Augustenstr./Zelckstr.“ zu erweitern. Dem stimmt der OBR **einstimmig** zu. Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 10 eingeordnet.

#### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2015**

Die Niederschrift vom 21.01.2015 wird **einstimmig** genehmigt.

#### **TOP 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner**

Es gibt keine Wortmeldungen von Einwohnern.

#### **TOP 5 Dr. Chris Müller, Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung, berichtet zu seiner Arbeit und der Haushaltssituation der Hansestadt Rostock**

Herr Dr. Müller bedankt sich für die Einladung, macht Ausführungen zum Haushalt und zu seinen Vorhaben, hinsichtlich der Ortsbeiräte. Er gibt an, dass er künftig einmal jährlich an den Sitzungen teilnehmen möchte, um die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen OBR und Verwaltung zu fördern. Herr Dr. Müller nennt dafür drei Kriterien:

1. Für alle wichtigen ortsteilrelevanten Themen im Senatsbereich möchte er künftig das Votum der Ortsbeiräte einholen.
2. Anträge/Vorschläge der Ortsbeiräte sollten immer schnell auf ihre

Umsetzungsmöglichkeit geprüft und wenn möglich realisiert werden.

3. Sollte keine Verwirklichung möglich sein, wird eine schnelle und einfache, verständliche Antwort zugesichert.

Für den Bereich Stadtmitte gibt Herr Dr. Müller ein positives und ein negatives Beispiel an. Positiv sieht er die Ausschreibung einer Stelle des Hafenvogtes für den Bereich Stadthafen, Petriviertel und Holzhalbinsel. Negativ bewertet er jedoch das temporäre Halteverbot zur Straßenreinigung in der Augustenstraße. Er stellt die Verhältnismäßigkeit in Frage und gibt an, dass der Aufwand nicht dem Ergebnis entspricht.

Herr Dr. Müller erläutert die Haushaltssituation der Hansestadt Rostock:

- Das Gesamtergebnis für 2014 war positiv – Abbau von Altverbindlichkeiten um 4 Mio. €
- Mehrausgaben im Bereich Personalkosten (Tarifsteigerung) und im Amt für Jugend und Soziales (Erhöhung der Fallzahlen)
- hohe Steuereinnahmen (Gewerbe-, Grundsteuer)
- ein Zeichen für stetige Entwicklung der Stadt
- für 2015/2016 wird der Doppelhaushalt ausgeglichen sein
- schnellerer Abbau der Verbindlichkeiten wird angestrebt (geforderte 10 Mill. € jährlich sind nicht zu schaffen)
- Entwicklung des Haushaltes vom Abbau der Verbindlichkeiten aber auch von der konjunkturellen Gesamtentwicklung abhängig

Herr Simowitsch bedankt sich für den Bericht und bringt seine Freude über den versprochenen jährlichen Besuch zum Ausdruck.

## **TOP 6     Anträge**

### **TOP 6.1   Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen Vorlage: 2015/AN/0629**

Herr Simowitsch bittet Herrn Eisfeld, den Standpunkt des Sozialausschusses zum Antrag vorzutragen.

Der Sozialausschuss empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Eine Ablehnung wird auch durch die Stellungnahme der Verwaltung gestützt. Das Gesetz, auf das sich der Antrag bezieht ist noch nicht beschlossen. Das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu sichern kann auf diesem Weg nicht erreicht werden. Dazu sei sozialer Wohnungsbau in Verantwortung der Kommune erforderlich. Wenn der Antrag auf den Weg gebracht werden sollte, kann es passieren, dass Hauseigentümer, die in großer Zahl die Möglichkeiten zur Mieterhöhung bisher nicht ausgenutzt haben, das unverzüglich, noch vor in Kraftsetzung der Regelung, nachholen. Als weiterer Grund gibt der Ausschuss an, dass die Grenze für Investoren, die Neubauten planen nicht förderlich sei. Ein größeres Wohnungsangebot, das die Mieterhöhungen dämpfen könnte, wäre dann nicht realisierbar

Frau Lück ist überzeugt, dass der Ansatz richtig sei, der Antrag aber durch die Fraktionen erweitert werden sollte. Eine Entscheidung sei auch ohne Landesregelung möglich. Zur Argumentation von Herrn Eisfeld bemerkt sie, dass der Mietspiegel keine Begründung für eine Mieterhöhung sei. Herr Herzog gibt ebenfalls zu Bedenken, dass der OBR die Interessen der Einwohner und nicht der Investoren vertritt. Herr Herzog ist für eine Mietpreisgrenze, da gerade die Mieten in der Innenstadt sehr hoch und schon an der Grenze seien. Frau Ludwig setzt sich engagiert für die Annahme des Antrags ein

Zwischen den Mitgliedern des OBR findet eine rege Diskussion statt.

Herr Eisfeld stellt gemäß den Geschäftsordnungsantrag das Thema zu vertagen, bis das Gesetz in Kraft ist und das Land M-V die Kappungsgrenze für spezielle Wohnbereiche von 20% auf 15% absenkt.

Frau Bornstein bittet um eine Für- und Gegenrede zur Vertagung. Die Fürrede hält Herr Eisfeld und die Gegenrede Frau Ludwig.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 2

Dagegen: 6

Enthaltungen: 2

### **Der OBR lehnt eine Vertagung des Antrages ab.**

Zwischen den Mitgliedern des OBR findet erneut eine rege Diskussion statt. Herr Cardinal von Widdern äußert die Meinung, dass die 15% Grenze nicht viel bringen wird, da der Unterschied in den einzelnen Stadtbereichen zu groß sei. Negativ bewertet wird auch, dass über die in privaten Besitz befindlichen Wohnungen keine Angaben vorliegen. Es sollten Instrumente für die Gewinnung eines aktuellen Überblicks über den gesamten Wohnungsmarkt entwickelt werden um sachkundig politische Entscheidungen treffen zu können. Nachdem es keine grundsätzlichen Aussagen mehr zum Thema gibt, bittet Herr Simowitsch die Mitglieder um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. beim zuständigen Ministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu beantragen, dass per Rechtsverordnung gem. §558 Abs. 3 Satz 3 BGB für ausgewählte Stadtteile der Hansestadt Rostock als Gebiete mit schwieriger Wohnungsversorgung die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 20 % auf 15 % abgesenkt wird.
2. unmittelbar nach Inkrafttreten des geplanten „Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz - MietNovG)" das zuständige Ministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzufordern, per Rechtsverordnung Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten zu bestimmen, in denen dann die geplante Mietpreisbegrenzung der Gesetzesnovelle gilt.
3. unverzüglich selbst die materiellen Voraussetzungen für die Punkte 1. und 2. zu schaffen, indem stadtteilbezogen die hierfür erforderlichen Daten erhoben werden, um den Nachweis der besonderen Gefährdung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen zu führen. Die erforderlichen Daten sind zur begründeten Nachweisführung stetig fortzuschreiben.
4. Der Rostocker Bürgerschaft ist bis zum 30.06.2015 über die Erledigung der o. g. Beschlusspunkte zu berichten.

### **Abstimmung:**

### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	4
Dagegen:	5
Enthaltungen:	1

Angenommen	
Abgelehnt	X

## **TOP 6.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen**

### **Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)**

Der Ortsbeirat erhält die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Sie wurde bei der Behandlung des TOP 6.1 berücksichtigt.

## TOP 7      **Beschlussvorlagen**

### **TOP 7.1    Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäranlagen der Hansestadt Rostock** **Vorlage: 2014/BV/0072**

Herr Simowitsch bedankt sich bei Frau Schölens-Burmeister für die erneute Vorstellung im OBR. Frau Schölens-Burmeister gibt an, dass am 04.03.2015 eine Veranstaltung zum Thema für alle Ortsbeiräte stattfinden wird, da Nachfragen kamen, warum nur die Kern- und Tourismusbereiche (Innenstadt, Warnemünde und Markgrafenheide) berücksichtigt wurden. Der OBR gibt den Hinweis, dass man bei der Errichtung von Sanitäranlagen nicht nur an die Touristen, sondern auch an die Rostocker Bürger denken sollte. Es ist geplant, die Konzeption im Bereich der Tourismuszentrale anzusiedeln. Dies wird vom OBR nicht befürwortet, da dort Fachkompetenz für die Umsetzung fehlt und weil eine ausschließlich auf den Tourismus bezogene Betrachtung der Problematik zu befürchten ist. Frau Schölens-Burmeister weist daraufhin, dass es keine rechtliche Verpflichtung für Kommunen gibt Sanitäranlagen einzurichten. Daher wurde vom Amt für Umweltschutz dieses Konzept entwickelt. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es im gesamten Stadtgebiet 38 Anlagen. In Auswertung der Häufigkeit der Benutzung wurde festgestellt, dass Anlagen in Wohngebieten nicht erforderlich sind. Daher sei geplant, bereits vorhandene Anlagen in Gebiete mit Bedarf umzusetzen. Im Kernbereich Stadtmitte soll es künftig 6 Anlagen, mit einer Maximalentfernung (Luftlinie) von 250 m geben. Vollautomatisierte Sanitäranlagen, d. h. selbstreinigende Anlagen sind ungeeignet, da diese nach jeder Benutzung für ca. 5 Minuten schließen. Von Herr Simowitsch kommt die Nachfrage, ob Änderungsvorschläge noch berücksichtigt werden könnten. Frau Schölens-Burmeister gibt an, dass auf der Beratung mit den OBR-Vertretern am 04.03.2015 noch Hinweise berücksichtigt werden könnten.

**Der OBR möchte darüber in Kenntnis gesetzt werden, wenn die Frage der Zuständigkeit für die städtischen Toiletten entschieden wurde.**

#### **Beschluss:**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft stimmt der „Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäranlagen der Hansestadt Rostock“ (Anlage) zu und beschließt folgende wesentlichen Eckpunkte:

- 1.) Öffentliche Sanitäranlagen werden durch die Hansestadt Rostock künftig nur noch in folgenden Ortslagen betrieben:
  - Innenstadt Rostock - Kernbereich
  - Warnemünde - Kernbereich und Wandergebiet
  - Markgrafenheide - Kernbereich und Wandergebiet
2. Die Einhaltung folgender maximaler Laufwege zur nächsten öffentlichen Sanitäranlage werden in der Zukunft angestrebt:

Bereich	Maximalentfernung Hauptsaison	Maximalentfernung Nebensaison	Anzahl Anlagen
Innenstadt	250 m	250 m	6
Warnemünde Kernbereich	250 m	500 m	7
Warnemünde Wandergebiet	500 m	1.000 m	4
Markgrafenheide Kernbereich	500 m	1.000 m	2
Markgrafenheide Wandergebiet	1.000 m	2.000 m	5
Summe			24

Die Hauptsaison beginnt am Wochenende vor dem Beginn der frühesten Osterferien im Bundesgebiet und endet mit dem Wochenende nach den spätesten Herbstferien im Bundesgebiet.

3. Die Mindeststandards werden wie folgt festgesetzt:

- Neubau bzw. Komplettsanierung von Sanitäranlagen, die 15 Jahre und älter sind
- Ausstattung mit Wasseranschluss (WC) - nur für die Kernbereiche
- Barrierefreiheit
- Berücksichtigung „Neuartiger Sanitärsysteme“

4. Für die Umsetzung der ermittelten Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen werden ab dem Jahr 2015 für die nächsten 7 Jahre finanzielle Mittel für Investitionen in Höhe von 3,85 Mio. EUR bereitgestellt.

5. Die Konzentration der Zuständigkeit auf eine Verwaltungseinheit - vorzugsweise auf die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde - wird angestrebt. Lassen die noch ausstehenden haushalts- und steuerrechtlichen Prüfungen sowie das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung dies nicht zu, wird eine Übertragung auf das Amt für Umweltschutz oder eine andere Lösung geprüft.

**Abstimmung:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

**Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

**TOP 7.2 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben "Neubau von drei Wohngebäuden (116 Wohnungen) mit einem gemeinsamen Kellergeschoss im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 11.W.150 "Östlich der Stadtmauer""Rostock, Beim Eislager 7, 8, 9, 10, 11; Am Lohmühlengraben 1a, 1b; Gerberbruch 14, 15, 16, 17, 18; Az.: 03531-14  
Vorlage: 2015/BV/0639**

Frau Heimhardt und Herr Keipke, der Architekt machen Ausführungen zum geplanten Neubau der drei Wohngebäude:

- Bauwert: ca. 8,3 Mio. €
- Tiefgarage ist vorgesehen
- geringe Überschreitung der GRZ, wird begrünt, von außen nicht sichtbar
- Kopfbauten werden 5-geschossig, im Sinne der Gleichbehandlung gewährt
- Fläche des Überhanges wird städtisch
- Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt über die Straße „Beim Eislager“
- Gebäude und Tiefgarage ist durch die Erhöhung Hochwassersicher, Wasser wird vorher abgefangen
- Freifläche zwischen den Gebäuden ist für Feuerwehr befahrbar
- Spielplatz und Spielgeräte werden über Freifläche verteilt sein
- Gestaltung ist Ergebnis eines Wettbewerbes der RGS

Der Bauherr macht Aussagen zu den Wohnungen:

- es entstehen 2 - 5-Raumwohnungen, pro m<sup>2</sup> ca. 10 € kalt
- Verhältnis von Wohnungen zu Stellplätzen ist gleich
- Erdgeschoss wird barrierefrei sein

Herr Simowitsch bedankt sich für die Vorstellung und lässt den OBR über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Beschluss:**

**Beschlussvorschlag:**

Das Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben "Neubau von drei Wohngebäuden (116 Wohnungen) mit einem gemeinsamen Kellergeschoss im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 11.W.150 "Östlich der Stadtmauer""Rostock, Beim Eislager 7, 8, 9, 10, 11; Am

Lohmühlengraben 1a, 1b; Gerberbruch 14, 15, 16, 17, 18; Az.: 03531-14, wird erteilt.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	X
Abgelehnt	

**TOP 8 Bauantrag**

**TOP 8.1 Errichtung von 2 Klein-Windkraftanlagen zur Selbstversorgung, Am Strande 2 b, Rostock - 04231-14**

Der Architekt, Herr Friedrich macht Erläuterungen zum Aufbau und zur Funktionsweise der Klein-Windkraftanlagen.

- Erweiterung des Gesamtkonzeptes von PMR
- Förderung der Nachhaltigkeit
- Überschuss der Anlage wird in Batterien für bereits erworbenes Elektroauto gespeichert
- Rotormittelpunkt hat eine Höhe von 7,5 m – 8 m, Gesamthöhe mit Gebäude ca. 22 m
- etwa 150 Umdrehungen pro Minute, bei zu starkem Wind wird Anlage automatisch abgeschaltet
- kein beeinträchtigender Schattenwurf für Autofahrer
- ein Anhalten für bestimmte Zeiten wäre möglich
- Anlage hat ca. 30 dB, Straße verursacht 50 – 60 dB
- für Vögel kein störendes Hindernis, werden durch verursachten Wind der Rotoren ferngehalten

Vom OBR kommt die Nachfrage, ob die Windkraftanlagen gemäß Bebauungsplan überhaupt errichtet werden könnten. Frau Heimhardt gibt an, dass es kein Bebauungsplan für solche Anlagen gibt. Laut Frau Heimhardt würde die Höhe möglich sein, die Anlagen müssten nur ins Stadtbild passen. Von einem Anwohner kommt die Wortmeldung, dass die Anlage seine Sicht aus dem Fenster stark beeinträchtigen würde. Der Bauausschuss rät, das Vorhaben abzulehnen. Herr Simowitsch gibt an, dass solche Anlagen generell unterstützenswert sind, die Anfrage aber im Zuge der geplanten Umstrukturierung des Stadthafens zu einem falschen Zeitpunkt kommt. Nach einer regen Diskussion lässt Herr Simowitsch den OBR abstimmen.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	2
Dagegen:	5
Enthaltungen:	3

Angenommen	
Abgelehnt	X

**TOP 9 Informationen zum Entwurf des Quartierblattes "Ernst-Barlach-Brücke"**

Die Architektin Frau Schmidt macht Ausführungen zu planerischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Quartierblattes „Ernst-Barlach-Brücke“. So soll die Anbindung zur Grubenstraße barrierefrei werden. In einer durchgeführten Ämterrunde wurde die Thematik „Verkehr“ in diesem Bereich als problematisch erachtet. Dieses Thema soll in späteren Beratungen berücksichtigt werden.

Frau Schmidt macht genaue Ausführungen zur Bebauung der Freifläche vor der Ernst-Barlach-Straße 6. Die Freifläche wird im Moment vom Eigentümer für Stellplätze genutzt, welche durch die Neubebauung wegfallen würden. Der geplante Neubau soll 2-3-geschossig werden und ein spitzes Giebeldach erhalten. Herr Herzog stellt die Verhältnismäßigkeit der Bebauung in Frage, da die Parkplatzsituation in der östlichen Altstadt auch so schon problematisch sei. Von Frau



Lück kommt die Nachfrage, warum eine Bebauung angestrebt wird. Frau Epper gibt an, dass im Rahmenplan 2008 keine Bebauung der Freifläche geplant gewesen sei. 2010 wurde die Thematik wieder aufgegriffen. Dabei war der OBR einbezogen. Im Zuge der Strukturierung des Quartierblattes wurde der Rahmenplan geändert und die Bebauung geplant. **Herr Simowitsch schlägt vor, dass Thema im Bau- und Umweltausschuss zu beraten.** Frau Epper und Frau Schmidt bieten an, an dieser Beratung teilzunehmen. **Die Vorstellung könnte dann im März/April im Ortsbeirat erfolgen, in Abhängigkeit zur RGS.**  
**Der OBR stimmt diesem Vorschlag zu.**

#### **TOP 10 Straßenreinigung - Augustenstr./Zelckstr.**

Auf Grund der an Vielzahl eingegangenen Widersprüche behandelt der OBR das Thema erneut. Herr Betke gibt zu Bedenken, dass für die geplante Maßnahme der Stadt keine gesetzliche Grundlage besteht. Vom OBR kommt der Hinweis, dass eine häufige Reinigung nur in der Mitte erfolgen könnte und eine komplette Reinigung ein- bis zweimal im Jahr. Zwischen den Mitgliedern findet eine rege Diskussion statt. Herr Simowitsch lässt den OBR darüber abstimmen, ob die Zustimmung zur Maßnahme zurückgezogen werden soll.

##### Abstimmungsergebnis

dafür: 9

dagegen: 1

enthalten: 0

**Der OBR stimmt dafür, die 2014 erteilte Zustimmung zur Reinigung der Augustenstraße/ Zelckstraße zurück zunehmen.**

#### **TOP 11 Bericht der Ausschüsse und des Ortsbeiratsvorsitzenden**

Herr Simowitsch gibt Termine bekannt und klärt die Teilnahme an Veranstaltungen der Stadtverwaltung.

#### **TOP 12 Sondernutzungen**

Frau Bornstein lässt den OBR über beantragte Sondernutzungen abstimmen.

**1. Anmietung einer Grundstücksfläche (90m²), St.-Georg-Str. 103, Ecke Am Reifergraben**

##### Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**2. Circus Fantasia im Stadthafen vom 18.04.2015 – 18.07.2015**

##### Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**3. „Rostocker Weinfest“ vor dem Kröpeliner Tor vom 18.06.2015 – 21.06.2015**

##### Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**4. „1 Jahr Modeboutique SHILA“, Lange Str. 2 am 11.04.2015**

Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**5. Außenbestuhlung Cafe „A Rebours“, Am Wendländer Schilde für die Sommersaison 2015 (Mai – September)**

Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**6. ambulanter Verkaufsstand für Spargel und Kirschen an der Nordseite des Hauptbahnhofes**

- Spargel – April bis Juni, von Donnerstag bis Samstag
- Süßkirschen – Juni und Juli, von Montag bis Sonntag

Abstimmungsergebnis

dafür: 10

dagegen: 0

enthalten: 0

**7. Aufstellung eines Eisverkaufswagen, Kröpeline Str. 25**

Der OBR beschließt **einstimmig** die Entscheidung zur Sondernutzung zu verschieben, da die Anzahl der ambulanten Verkaufswagen in der Kröpeline Straße reduziert werden soll. Im letzten Jahr genehmigte der ehemalige Inhaber der Fläche „Pizza Hut“ die Aufstellung dort.

**TOP 13 Informationen des Ortschaftsrates**

Frau Bornstein informiert den OBR über das Antwortschreiben vom Amt 67 zu einer Nachfrage vom Dezember den Artenschutz betreffend während der Baumaßnahmen am Rosengarten. Nach Aussage des Amtes wird in der Zeit vom 01.08.2014 – 30.06.2015 eine Analyse für verschiedene Artengruppen durchgeführt. Nach Fertigstellung des Gutachtens erfolgt die Einarbeitung der Ergebnisse in die Planungs- und Ausführungsunterlagen.

Auf der Ämterrunde am 07.01.15 zum Thema „Holzhalbinsel“ wurde eine stärkere Beleuchtung im Bereich der Terrassen in Erwägung gezogen. Das Amt 66 teilt mit, dass auf Grund des bestehenden Investitionsstaus im Bereich des Altanlagenbestandes und keiner dringenden Notwendigkeit zurzeit keine Erweiterung der Beleuchtungsanlagen erfolgen kann.

Frau Bornstein informiert den OBR über ein Schreiben des Amtes 61 zum Thema „Erhaltungs- und Gestaltungssatzung“. Auf Grund von personellen Engpässen kam es zu zeitlichen Verzögerungen. Im April soll nun die Endabstimmung zwischen dem mit dem Gutachten beauftragtem Büro, dem Amt 45 und 61 erfolgen. **Im Anschluss an diese Abstimmung ist im 2. Quartal dieses Jahres die Vorstellung im Ortsbeirat geplant.**

**TOP 14 Verschiedenes**

Keine Informationen.

**TOP 15 Schließen der Sitzung**

Herr Simowitsch beendet die Sitzung des Ortsbeirates Stadtmitte.

---

Werner Simowitsch

---

Lisa Reipa